



# COVID-19, AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEME UND MIGRANTENARBEIT

DIE SITUATION IN DEUTSCHLAND, ITALIEN, DEN  
NIEDERLANDEN, SPANIEN UND SCHWEDEN

Juli 2020

OPEN SOCIETY  
EUROPEAN POLICY  
INSTITUTE



European  
University  
Institute

ROBERT  
SCHUMAN  
CENTRE FOR  
ADVANCED  
STUDIES

## VERFASSER

**Jan Schneider** und **Malte Götte**, Kapitel zu Deutschland

**Letizia Palumbo** und **Alessandra Corrado**, Kapitel zu Italien

**Karin Astrid Siegmann** und **Tyler Williams**, Kapitel zu den Niederlanden

**Francesco Saverio Caruso**, Kapitel zu Spanien

**Andrea Iossa** und **Niklas Selberg**, Kapitel zu Schweden

**Letizia Palumbo** und **Alessandra Corrado**, Abschließende Bemerkungen

## HERAUSGEBER

**Letizia Palumbo** und **Alessandra Corrado**

## OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

© 2020 Open Society Foundations



Diese Publikation ist als PDF auf der Website der Open Society Foundations unter einer Creative Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt, solange sie den Open Society Foundations zugeschrieben wird und für nichtkommerzielle Bildungszwecke oder Zwecke der öffentlichen Ordnung verwendet wird. Fotografien dürfen nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

**Titelbild:** Landarbeiter ernten Gemüse auf einem Bauernhof in Rom, Italien, am 2. April 2020.

© Cecilia Fabiano/ZUMA/Newcom

[opensocietyfoundations.org](https://opensocietyfoundations.org)

# INHALTSVERZEICHNIS

3	<b>AUSFÜHRLICHE ZUSAMMENFASSUNG</b>
5	<b>EINLEITUNG</b>
6	<b>DEUTSCHLAND</b>
6	1. Überblick
6	2. Die Folgen für das Agrar- und Lebensmittelsystem
7	3. Die Folgen für die Arbeitnehmer
7	4. Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften und der Krise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft
8	5. Initiativen von Bauernverbänden
8	6. Initiativen von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft
9	<b>ITALIEN</b>
9	1. Überblick
9	2. Die Folgen für das Agrar- und Lebensmittelsystem
9	3. Die Folgen für die Arbeitnehmer
10	4. Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften und der Krise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft
11	5. Initiativen von Bauernverbänden
12	6. Initiativen von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft
13	<b>DIE NIEDERLANDE</b>
13	1. Überblick
13	2. Die Folgen für das Agrar- und Lebensmittelsystem
13	3. Die Folgen für die Arbeitnehmer
14	4. Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften und der Krise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft
15	5. Initiativen von Bauernverbänden
15	6. Initiativen von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft

16	<b>SPANIEN</b>
16	1. Überblick
16	2. Die Folgen für das Agrar- und Lebensmittelsystem
16	3. Die Folgen für die Arbeitnehmer
17	4. Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften und der Krise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft
18	5. Initiativen von Bauernverbänden
18	6. Initiativen von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft
20	<b>SCHWEDEN</b>
20	1. Überblick
20	2. Die Folgen für das Agrar- und Lebensmittelsystem
21	3. Die Folgen für die Arbeitnehmer
22	4. Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften und der Krise in der Agrar- und Ernährungswirtschaft
22	5. Initiativen von Bauernverbänden
22	6. Initiativen von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft
23	<b>SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN</b>
26	Anmerkungen

# AUSFÜHRLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat ein Anstieg der Nachfrage nach lebensnotwendigen Gütern dazu geführt, dass Arbeitnehmer in Kernsektoren wie der Agrar- und Ernährungswirtschaft als grundlegend für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionieren der EU-Länder anerkannt wurden. Gleichzeitig haben Grenz- und Mobilitätsbeschränkungen durch die Immobilisierung tausender ausländischer Saisonarbeiter aus EU- und Nicht-EU-Ländern in vielen EU-Ländern zu Arbeitskräftemangel und Verlusten in der Nahrungsmittelproduktion geführt. All dies hat wiederum deutlich vor Augen geführt, wie sehr **die Lieferkettensysteme in der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf Wanderarbeitskräfte angewiesen sind.**

Aufbauend auf den ausführlichen Veröffentlichungen des Open Society European Policy Institute und des Europäischen Hochschulinstituts über Arbeitsmigranten in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Süd- und Nordeuropa wird dieser kurze Bericht, der sich auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft und die Arbeitsmigranten in Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Schweden konzentriert, zusammen mit einem Bericht veröffentlicht – *Are agri-food workers only exploited in Southern Europe? Case studies on migrant labour in Germany, the Netherlands and Sweden* - für den die Forschungsarbeiten Ende 2019, also vor der Pandemie, durchgeführt wurden.

Wie alle Länderabschnitte in diesem kurzen Bericht hervorheben, hat die Covid-19-Krise **die Grenzen der langen Lieferketten** weiter offenbart, auch im Hinblick auf **Preisverzerrungen, unlauteren Wettbewerb und Vertriebsdynamik**. Die Pandemie hat auch die **Bedingungen der Prekarität und Verwundbarkeit vieler** in der Agrar- und Ernährungswirtschaft beschäftigter **Arbeitnehmer**, insbesondere der Wanderarbeitnehmer, weiter verschärft. Wie die Fälle in Deutschland und den Niederlanden zeigen, gab es während der Pandemie eine Reihe von Beschwerden von Wanderarbeitern in der Landwirtschaft über **Lohnabzüge, Wohnverhältnisse und Verletzungen ihrer Rechte**. In einigen Fällen, wie z. B. in Spanien, hat der Rückgang der Zahl der Saisonarbeiter zu **härteren und missbräuchlicheren Arbeitsbedingungen** geführt. In Italien hat ein Mangel an Arbeitsinspektionen aufgrund von Pandemie-Präventionsmaßnahmen dazu beigetragen, dass **vermehrt auf illegale Arbeitsmigranten zurückgegriffen** wird, die unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten, wodurch der Arbeitskräftemangel an osteuropäischen Arbeitnehmern ausgeglichen werden konnte. In allen Ländern haben nur sehr wenige Unternehmen den Landarbeitern Masken oder andere Arten von Sicherheitsausrüstung und Informationen zur Verfügung gestellt. Besonders problematisch waren die Bedingungen in den Lagerhäusern. Die **fleischverarbeitende Industrie** hat sich in allen untersuchten Ländern, insbesondere in Deutschland, zu einem Epizentrum von Covid-19-Infektionen entwickelt.

Als Reaktion auf die alarmierende Situation des Arbeitskräftemangels und angesichts der allgemeinen Abneigung von Einheimischen, im Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektor aufgrund seiner minderwertigen Bedingungen zu arbeiten, haben die nationalen Regierungen mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Mobilität und Einstellung von Saisonarbeitern zu erleichtern. Während einige Aktionen in der Organisation von Charterflügen bestanden, um Arbeitsmigranten auf die europäischen Felder zu bringen, beinhalteten andere Maßnahmen **kurzfristige Lösungen**, wie z. B. ein italienisches **Regularisierungsprogramm** für illegale Migranten. Der spanische Ansatz zur Regularisierung von Migranten durch eine Mischung aus gezielten und umfassenderen Maßnahmen kann langfristig zu besseren Ergebnissen führen, obwohl diese Bestimmungen nicht weit genug gehen und immer noch große Teile der nicht registrierten Bevölkerung ausschließen.

Covid-19 hat deutlich aufgezeigt, dass **vorübergehende und selektive kurzfristige Regularisierungsmaßnahmen nicht die einzige Antwort sein können**, vor allem bei der Bekämpfung der Ausbeutung von Wanderarbeitern. **Eine tiefgreifende Revision der Migrationspolitik** zur Entwicklung sicherer und legaler Einreisewege für gering

und mittelmäßig qualifizierte Arbeitskräfte ist erforderlich. Darüber hinaus ist es notwendig, strukturelle Interventionen **zur Stärkung der Löhne und Arbeitsrechte, zur Gewährleistung menschenwürdiger Lebensbedingungen, zur Entwicklung angemessener Wohlfahrtsdienste und zur Bekämpfung der Vergabe von Unterverträgen** zu beschließen. Neue Maßnahmen zur Unterstützung eines **alternativen Agrar- und Lebensmittelsystems**, das **faire Arbeitsbedingungen und ökologische Nachhaltigkeit** garantieren kann, sind ebenfalls unerlässlich. Wie in diesem Kurzdossier betont wird, haben die nationalen institutionellen Reaktionen auf die Covid-19-Krise der Unterstützung nachhaltigerer Agrar- und Lebensmittelsysteme wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Jüngste Initiativen der EU-Institutionen - wie z. B. eine Entschließung des Europäischen Parlaments zum Schutz von Saisonarbeitern und Grenzgängern während der Covid-19-Krise - zielen darauf ab, die **soziale Dimension der EU** zu stärken und dabei die Dynamik der Covid-19-Krise zu nutzen. Wie dieser kurze Bericht verdeutlicht, kann die Pandemie eine **entscheidende Gelegenheit für einen neuen EU-Antrieb** zur Schaffung **umweltverträglicherer und rechtskonformer landwirtschaftlicher Lebensmittelsysteme** darstellen.

# EINLEITUNG

Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat ein Anstieg der Nachfrage nach lebensnotwendigen Gütern dazu geführt, dass Arbeitnehmer in Kernsektoren wie der Agrar- und Lebensmittelindustrie als grundlegend für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionieren der Länder der Europäischen Union (EU) anerkannt wurden. Es hat sich ein offensichtliches Spannungsfeld zwischen der Eindämmung der Pandemie durch Mobilitätseinschränkungen einerseits und der Verhinderung von Arbeitskräftemangel (insbesondere in den Kernsektoren) und der Gewährleistung eines normalen Geschäftsbetriebs andererseits herausgebildet. In diesem Szenario haben die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Covid-19-Krise in Sektoren wie dem Agrar- und Lebensmittelsektor anzugehen. Insbesondere hat die EU-Kommission Leitlinien zur Bewegungsfreiheit von Arbeitnehmern während der Krise herausgegeben, um die Mobilität von Grenzgängern, vor allem im Lebensmittel- und Gesundheitssektor, zu erleichtern, und Saisonarbeiter aus Nicht-EU-Ländern vom Reiseverbot, das im März eingeführt wurde, ausgenommen.<sup>1</sup> In EU-Ländern wie Deutschland wurden besondere Maßnahmen für die Mobilität von Landarbeitern aus den östlichen EU-Ländern verabschiedet, obwohl Bedenken hinsichtlich der Anwendung gesundheitlicher und physischer Distanzierungsregeln geäußert wurden. In Italien wurde im Mai 2020 ein Regularisierungsprogramm für papierlose Arbeitsmigranten in den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Pflege und Hausarbeit verabschiedet. Es gibt jedoch erhebliche Defizite, die sich

wahrscheinlich auf die Wirkung dieser Maßnahme auswirken und zu einer begrenzten Anzahl von legalisierten Migranten führen werden. In Spanien verabschiedete die Regierung im April einen Erlass, der es jungen Drittstaatsangehörigen (zwischen 18 und 21 Jahren) erlaubt, den Sommer über in der Landwirtschaft zu arbeiten, damit sie dann eine zweijährige Aufenthaltsgenehmigung beantragen können. Auch diese Maßnahme wurde als unzureichend kritisiert, da sie nur für eine begrenzte Zielgruppe gilt. Im Juni führte die spanische Regierung weitere Maßnahmen ein, um den Zugang zu einer befristeten Legalisierungsregelung (*arraigo*), die Familienzusammenführung und die Verlängerung von Genehmigungen zu erleichtern.

Aufbauend auf erschöpfenden Berichten des Open Society European Policy Institute und des Europäischen Hochschulinstituts über Arbeitsmigranten in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Süd- und Nordeuropa<sup>2</sup> konzentriert sich dieser kurze Bericht auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft und die Arbeitsmigranten in Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Schweden. Die Pandemie hat ein Licht auf die minderwertigen Arbeits- und Lebensbedingungen geworfen, unter denen die meisten Landarbeiter, insbesondere Arbeitsmigranten, leiden. Dies könnte eine Gelegenheit für einen neuen Vorstoß der EU zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, zur Stärkung der Rechte von Migranten und zur Unterstützung nachhaltiger Lieferketten sein, die faire Arbeitsbedingungen, angemessene Preise und Produktqualitätsstandards gewährleisten.

# DEUTSCHLAND

## 1. ÜBERBLICK

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus in Deutschland begannen nach isolierten Infektionen Ende Januar 2020 mit lokalen Quarantänen. Mitte März einigten sich die Bundesregierung und die Regierungschefs der 16 Bundesländer auf eine weitgehende Sperrung der meisten öffentlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen. Die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie wurde jedoch zur „systemrelevanten Infrastruktur“<sup>3</sup> erklärt, sodass keine allgemeinen Beschränkungen auferlegt wurden.

Deutschland begann am 17. März mit der vorübergehenden Kontrolle der EU-Binnengrenzen, Drittstaatsangehörigen wurde die Einreise untersagt. Während das grenzüberschreitende Pendeln weiterhin erlaubt war, wurde am 25. März die Saison- und Erntearbeitsmigration verboten. Alle Bundesländer erließen gesonderte Verordnungen zur Einreise, Quarantäne und Infektionsprävention.

## 2. DIE FOLGEN FÜR DAS AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEM

Im Vergleich zu den Vorjahren wird die Spargel- und Erdbeerernte im Jahr 2020 um schätzungsweise 30 bis 40 Prozent zurückgehen.<sup>4</sup> Die durchschnittliche Zahl der Saisonarbeiter, die beim Anbau dieser Produkte arbeiten, liegt 28 Prozent unter dem Bedarf, und die Kosten pro Mitarbeiter sind um 880 Euro

gestiegen (aufgrund von Flugkosten und zusätzlichen Unterkunfts-kosten).<sup>5</sup> Infolgedessen sahen sich einige Spargelanbauer gezwungen, die Ernte abubrechen, und einige haben den Spargelanbau ganz aufgegeben. Insolvenzen von Landwirten, Kurzarbeit und Entlassungen sind jedoch nicht in großem Umfang eingetreten, obwohl einige Anbauer später davon betroffen sein könnten.<sup>6</sup>

Ausbrüche in einer Reihe von Betrieben aufgrund extrem schlechter Hygienebedingungen haben eine öffentliche Debatte darüber ausgelöst, ob der Preis für Fleischprodukte steigen sollte. Als Reaktion auf die geringe Nachfrage senkte ALDI, einer der größten deutschen Einzelhändler, jedoch die Preise für Fleischprodukte und es besteht die Gefahr, dass andere Einzelhändler dem Beispiel folgen werden, obwohl die Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um die Inanspruchnahme von Unteraufträgen in diesem Sektor einzuschränken.

Während der gesamten Krise kämpften die Arbeitgeber mit Unsicherheit aufgrund mangelhafter Kommunikation seitens der Behörden und vager, manchmal kurzsichtiger Maßnahmen, die innerhalb des föderalen Systems unzureichend koordiniert wurden.<sup>7</sup> Dies hat zu einer Wettbewerbsverzerrung aufgrund zusätzlicher Kosten für die Arbeitgeber geführt, die weiterhin dem Preisdruck der Einzelhändler ausgesetzt sind. Ein Anstieg der Preise für regionale Produkte hat dazu geführt, dass die Verbraucher fast fünf Prozent mehr für Lebensmittel bezahlen müssen.<sup>8</sup>

### 3. DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMER

Zahlreiche Arbeitgeber im Agrar- und Lebensmittelsektor verstoßen Berichten zufolge gegen Transport-, Arbeits- und Wohnbestimmungen, insbesondere im Hinblick auf die soziale Distanzierung. Im Vergleich zu den Vorjahren haben die Beratungsdienste mehr Beschwerden und Hilferufe von Saisonarbeitern registriert, die sich auf Lohnabzüge, Entlassungen, Wohn- und Unterbringungsbedingungen, die Einziehung von Pässen, ihre Rechte während der Quarantäne und die Rechnungsstellung für Flugtickets beziehen, die von den Arbeitgebern gesetzlich abgedeckt werden müssen.<sup>9</sup> Viele Saisonarbeiter in Deutschland sind nicht krankenversichert, und die Bundesregierung prüft derzeit, wie Arbeitgeber dazu verpflichtet werden können, eine kollektive Krankenversicherung anzubieten.<sup>10</sup>

Während der Pandemie sind in mehreren Gebieten ausländische Saisonarbeiter dem Virus zum Opfer gefallen. Im April machte der Tod eines rumänischen Arbeiters auf einer Spargelfarm südlich von Freiburg Schlagzeilen.<sup>11</sup> Die schwerwiegendsten und riskantesten Praktiken betrafen verschiedene industrielle Schlachthöfe und Fleischverpackungsbetriebe im ganzen Land, in denen Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen weitgehend missachtet wurden. Mehrere Massenausbrüche führten dazu, dass bis Ende Juni 2020 insgesamt mehr als zweitausend Arbeiter infiziert waren, die meisten davon aus Mittel- und Osteuropa. Ganze Betriebe wurden geschlossen und die jeweiligen Kommunen haben das öffentliche Leben wieder eingedämmt.

### 4. MASSNAHMEN DER REGIERUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NACHFRAGE NACH SAISONALEN ARBEITSKRÄFTEN UND DER KRISE IN DER AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Um dem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zu begegnen, hat die Bundesregierung mehrere Maßnahmen ergriffen, um befristete manuelle Arbeit in der Landwirtschaft attraktiver zu machen, z. B. weitere Befreiungen von den Sozialversicherungsbeiträgen (auch für ausländische Saisonarbeitskräfte) und die Möglichkeit für Rentner und Sozialhilfeempfänger, während ihrer Tätigkeit in der Landwirtschaft Leistungen zu behalten.<sup>12</sup>

Nach schweren Bedenken seitens der Arbeitgeberverbände stimmte die Bundesregierung zu, eine Quote von 80.000 ausländischen Saisonarbeitern festzulegen, die nach Deutschland eingeflogen werden sollten.<sup>13</sup> Die Quote wurde jedoch nicht ausgeschöpft, da die Landwirte in Rumänien, Polen und Bulgarien nicht genügend Arbeitskräfte einstellen konnten. Bis zur Lockerung der Reisebeschränkungen im Juni waren etwas mehr als 40.000 Saisonarbeiter durch diesen Korridor gekommen. Nach Kritik von Seiten der parlamentarischen Opposition, der Gewerkschaften, der Agrarindustrie und der rumänischen Regierung versuchte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, seine Hygiene- und Unterbringungspolitik besser mit den allgemeinen Covid-19 Arbeitsnormen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Einklang zu bringen.<sup>14</sup>

Masseninfektionen in mehreren Fleischbetrieben, von denen besonders ausländische Leiharbeiter betroffen waren, haben zu Reaktionen der politischen Entscheidungsträger und zu Debatten über ausbeuterische Bedingungen in der Fleischindustrie geführt.<sup>15</sup> Am 20.

Mai verabschiedete die Bundesregierung ein Arbeitsschutzprogramm mit strengeren Vorschriften für die Fleischproduktion und kündigte an, dass Leiharbeiter und die Einstellung von Zeitarbeitskräften nicht mehr erlaubt seien.

In finanzieller Hinsicht hatten von der Pandemie betroffene landwirtschaftliche Kleinbetriebe je nach Größe und Bundesland Anspruch auf Ad-hoc-Zuschüsse von bis zu mehreren tausend Euro, und die *Rentenbank*, Deutschlands Förderagentur für Landwirtschaft und ländlichen Raum, hat ein Programm mit umfangreichen Krediten für Agrarunternehmen aufgelegt.

## 5. INITIATIVEN VON BAUERNVERBÄNDEN

Der Deutsche Bauernverband war der wichtigste Partner der Bundesregierung in ihrem Bemühen um die Sicherung der Saisonarbeit. Er betrieb eine Website, auf der Landwirte ihre ausländischen Arbeitskräfte für die Einreise auf dem Luftweg anmelden mussten. Die wichtigsten Initiativen von Bauernorganisationen betrafen jedoch Online-Aktivitäten zur Anwerbung von landwirtschaftlichen Helfern im Inland. Im März und April wurden mehrere Online-Portale eingerichtet, um willige Bürger zu finden und sie mit bedürftigen Bauern zusammenzubringen. Zehntausende von Menschen wurden Berichten zufolge überwiesen und trugen dazu bei, den Rückgang der Wanderarbeitnehmer auszugleichen. Die Mehrheit verließ jedoch nach kurzer Zeit ihren Job.<sup>16</sup>

Es gab mehrere weitere Initiativen, insbesondere von einzelnen Unternehmen, die darauf abzielten, ihre Produkte direkt an die Verbraucher zu verkaufen oder sogar ihre Felder zur Instandhaltung und Ernte an private Haushalte zu vermieten, da der Hotel- und Gaststättensektor mehr oder weniger vollständig zusammengebrochen ist.

## 6. INITIATIVEN VON GEWERKSCHAFTEN, ARBEITNEHMERN UND ANDEREN GRUPPEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Gewerkschaften brachten schon früh ihre Besorgnis über die Einstellung von Saisonarbeitern zum Ausdruck. Sie verlangten auch, dass die Beschäftigten vor der Einreise über Quarantäne- und Hygienevorschriften informiert werden, die das Landwirtschaftsministerium als Verantwortung der Arbeitgeber definierte.

Beratungsdienste, wie *Faire Mobilität*, waren an Flughäfen präsent, um ihre Dienste den Arbeitnehmern bei ihrer Ankunft bekannt zu machen. Darüber hinaus haben sie ihre Social-Media-Aktivitäten verstärkt und eine Hotline eingerichtet, mit positivem Feedback von Saisonarbeitern.<sup>17</sup>

Bisweilen haben Gewerkschaften und Beschäftigte auf Lohneinbußen, schlechte Unterkünfte und schlechte Hygienebedingungen mit Protesten reagiert. Über 200 Saisonarbeiter auf einer Spargelfarm in Bornheim gingen auf die Straße, als dreimonatige Verträge mit nur eintägiger Benachrichtigung gekündigt wurden. Ihr ehemaliger Arbeitgeber sieht sich 180 Klagen wegen ausstehender Zahlungen gegenüber. In anderen Fällen haben die Beschäftigten gegen inakzeptable Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung und nicht vorhandene Quarantänemaßnahmen protestiert. In einigen Fällen haben Arbeitgeber Arbeitnehmer aus anderen Betrieben mit besseren Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung an sich gezogen. Gelegentlich haben Arbeitnehmer Deutschland verlassen, um in die Niederlande oder das Vereinigte Königreich zu gehen, wo die Arbeit besser entlohnt wird.<sup>18</sup>

# ITALIEN

## 1. ÜBERBLICK

Am 31. Januar 2020 rief Italien als erster EU-Mitgliedstaat den Ausnahmezustand aus. Darauf folgten eine Reihe von Regierungsdekreten, die Sperrmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie einführten und nach und nach auf das gesamte Land ausgedehnt wurden. Die Maßnahmen umfassten die Schließung der Grenzen, hohe Mobilitätseinschränkungen und -kontrollen, Hygiene- und Sanitärkontrollen sowie die Schließung aller Handels- und Einzelhandelsaktivitäten mit Ausnahme derjenigen, die für die Bewältigung des Notfalls als notwendig erachtet wurden - wie etwa der Agrar- und Lebensmittelsektor. Am 3. Juni hob die Regierung die Quarantänebeschränkungen auf und öffnete die Grenzen wieder.

Neben der hohen Zahl von Todesfällen und Infektionen, die das nationale Gesundheitssystem schwer in Mitleidenschaft gezogen haben, wird erwartet, dass das Land unter dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen leiden wird.

## 2. DIE FOLGEN FÜR DAS AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEM

Die Maßnahmen der Pandemie haben den Hotel-, Gaststätten- und Catering-Sektor (mit einem geschätzten Schaden von rund 34 Milliarden Euro) erheblich in Mitleidenschaft gezogen, was wiederum die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten,<sup>19</sup> insbesondere nach Qualitätsprodukten, beeinträchtigt hat.

Während die Exportströme von Agrarnahrungsmitteln zurückgingen, trugen ein Anstieg der Nachfrage nach inländischem Nahrungsmittelverbrauch<sup>20</sup> und ein Rückgang der Importe (insbesondere aus Spanien und den Niederlanden) als Folge der Grenzsicherungen dazu bei, die Preise der Produkte aufrechtzuerhalten oder in einigen Fällen - wie etwa auf dem Obst- und Gemüsemarkt in Vittoria (Sizilien) - zu erhöhen.<sup>21</sup> Seit dem Ende des Lockdown sind die Preise jedoch gesunken.<sup>22</sup>

Lockdown-Maßnahmen zeigten die Grenzen langer Lieferketten deutlich auf, nicht nur in Bezug auf Preisverwerfungen, sondern auch in Bezug auf die Vertriebsdynamik. Während die Einzelhandelsketten von der Abriegelung profitierten, litten kleine und mittlere Hersteller aufgrund der Zugangsbeschränkungen zu den lokalen Märkten in der Tat unter schwerwiegenden Folgen.

Während die meisten Produktionszweige von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist der Agrarsektor der einzige, der die Beschäftigungsquoten in etwa auf dem Niveau von 2019 gehalten hat und seit dem 4. Mai wächst.<sup>23</sup>

## 3. DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMER

Nationale Bauernverbände schlugen Alarm wegen des Arbeitskräftemangels aufgrund von Grenzbeschränkungen, insbesondere von osteuropäischen Arbeitnehmern (hauptsächlich Rumänen, Polen und Bulgaren). Dies hat die

Abhängigkeit des Agrar- und Lebensmittelsektors von billigen und flexiblen Wanderarbeitskräften deutlich gemacht, was eine der Folgen von Machtunterschieden in langen Lieferketten ist. In vielen Bereichen war dieser Arbeitskräftemangel jedoch weitgehend fiktiv. Neben der Verhinderung der Ankunft von Saisonarbeitern aus dem Ausland (vor allem aus Osteuropa) machten es die Sperrmaßnahmen zunächst vielen zugewanderten Landarbeitern, vor allem solchen ohne Aufenthaltsgenehmigung oder regulären Arbeitsvertrag (vor allem Afrikaner aus Subsahara-Staaten), unmöglich, sich frei zu bewegen. Diese Arbeiter befanden sich daher bereits in Italien, konnten aber keinen Zugang zu den Farmen erhalten.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie untergruben zunächst auch das Vorgehen illegaler Bandenführer (*Caporali*), die in einigen Gebieten Italiens die Rekrutierung, den Transport und die Unterbringung von Landarbeitern fast vollständig - auf ausbeuterische Weise - unter Kontrolle halten. Allerdings wurden die Polizeikontrollen nach und nach gelockert, so dass die *Caporali* die Arbeiter bewegen und transportieren konnten, um die Ernte abzuschließen, wie in der Gegend um Foggia.<sup>24</sup> In einigen Gebieten wurde der Arbeitskräftemangel an osteuropäischen Arbeitskräften daher durch eine Reservearmee irregulärer Arbeitsmigranten ausgeglichen. Tatsächlich hat ein Mangel an Kontrollen durch die Arbeitsaufsichtsbehörden in den Gebieten während der Pandemie zu einer Zunahme der Inanspruchnahme irregulärer Arbeitskräfte beigetragen.<sup>25</sup>

Nur wenige Unternehmen haben die Beschäftigten mit Masken ausgestattet und Sicherheitsmaßnahmen durchgesetzt. Die Gewerkschaften erhielten mehrere Beschwerden von Beschäftigten, insbesondere in Verpackungslagern.<sup>26</sup>

Vor allem im Süden wurden Tausende von Wanderarbeitern in provisorischen Lagern ohne grundlegenden Schutz vor Covid-19 untergebracht. Im April wurde eine Gruppe von Arbeitern in einem industriellen Fleischverarbeitungsbetrieb in der Provinz Bari mit dem Covid-19-Virus

infiziert. Im Juni traf ein Ausbruch bulgarische Roma-Landarbeiter, die in heruntergekommenen Gebäuden in Mondragone (Kampanien) lebten. Diese Situation und die anschließende Abriegelung des gesamten Einzugsgebiets führten zu Protesten und Zusammenstößen mit der lokalen italienischen Bevölkerung.

#### **4. MASSNAHMEN DER REGIERUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NACHFRAGE NACH SAISONALEN ARBEITSKRÄFTEN UND DER KRISE IN DER AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT**

Die im März und April 2020 verabschiedeten Maßnahmen der Regierung zur Bereitstellung eines finanziellen Unterstützungspakets während der Krise erstreckten sich auch auf den Agrar- und Lebensmittelsektor und sahen beispielsweise eine Erhöhung der Vorauszahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 50 auf 70 Prozent sowie Anreize für Exporte vor. Die Maßnahmen sahen außerdem eine zweimonatige Überweisung von 600 Euro an Landarbeiter mit Kurzzeitverträgen, subventionierte Entlassungen für alle Beschäftigten des Sektors und die Einführung eines sozialen Schutzes für Saisonarbeiter vor. Viele Wanderarbeitnehmer in der Landwirtschaft, die informell beschäftigt waren, konnten diese Zuschüsse jedoch nicht in Anspruch nehmen.

Um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, wurde ein Schema zur Formalisierung „irregulärer Beschäftigungsverhältnisse“ in einen neuen Erlass aufgenommen, den die Regierung im Mai als Konjunkturanzreiz nach einer Pandemie verabschiedete. Die Regelung gilt nur für die Sektoren Agrar- und Ernährungswirtschaft, Pflege und Hausarbeit und soll alle Personen erfassen, die nicht angemeldete Arbeit leisten, seien es ausländische Arbeitnehmer ohne Papiere, italienische Staatsbürger, EU-Migranten oder reguläre Nicht-EU-Migranten.

Die Regelung sieht zwei Kanäle vor. Der erste ermöglicht es Arbeitgebern, einen befristeten Arbeitsvertrag für Ausländer zu beantragen, die sich vor dem 8. März 2020 im Land aufhielten, oder das Bestehen eines irregulären Arbeitsverhältnisses mit italienischen Staatsbürgern oder Ausländern zu deklarieren. Migranten ohne Papiere erhalten aus Arbeitsgründen eine Aufenthaltserlaubnis. Der zweite Kanal ermöglicht es Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis, die nach dem 31. Oktober 2019 abgelaufen ist, und die nachweisen können, dass sie vor diesem Datum in den oben genannten Sektoren gearbeitet haben, eine befristete Aufenthaltserlaubnis für sechs Monate zu beantragen, um in diesen Sektoren eine Stelle zu suchen. Die befristete Genehmigung kann in eine längere Aufenthaltsgenehmigung aus Arbeitsgründen umgewandelt werden. In beiden Fällen haben Ausländer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Möglichkeit, eine einjährige Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitssuche zu beantragen.

Das System weist jedoch einige erhebliche Mängel auf, die seine Wirkung beeinträchtigen werden. Erstens sieht der Plan zwar die Aussetzung einiger laufender Straf- und Verwaltungsverfahren gegen Arbeitgeber vor, doch reicht er möglicherweise nicht aus, um die Arbeitgeber davon zu überzeugen, die Arbeitsverhältnisse zu legalisieren. Zweitens werden die Pauschalkosten, die den Arbeitgebern für die Legalisierung eines Arbeitsverhältnisses entstehen (500 €), wahrscheinlich wie in der Vergangenheit auf die Arbeitnehmer abgewälzt, außerdem gibt es Berichte über einen illegalen Markt für gefälschte Verträge, die bis zu 5.000 € kosten. Drittens schränken die Bedingungen, die für die Beantragung des zweiten Kanals erforderlich sind, dessen Anwendungsbereich erheblich ein, wodurch zahlreiche Migranten in Situationen der Irregularität und Prekarität zurückbleiben.<sup>27</sup> Schlussendlich schließt die Regelung Sektoren (z. B. Logistik, Baugewerbe, Tourismus und Lebensmittelindustrie) aus, die ebenfalls hohe Raten an nicht angemeldeter Arbeit und irregulären Wanderarbeitnehmern aufweisen.

Angesichts der wenigen Anträge (zum 30. Juni 69.721, davon 12 Prozent aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor) wurde die Frist für die Einreichung bis zum 15. August 2020 verlängert.<sup>28</sup>

## 5. INITIATIVEN VON BAUERNVERBÄNDEN

Als Reaktion auf den Mangel an saisonalen Wanderarbeitern in der Landwirtschaft haben einige der wichtigsten nationalen Bauernverbände, wie Coldiretti, die Einführung eines Gutscheinsystems im Agrar- und Lebensmittelsektor vorgeschlagen, um italienische Rentner, Studenten, Arbeitslose und Personen, die Anspruch auf die Grundsicherung (das *reddito di cittadinanza* oder Staatsbürgerschaftseinkommen) haben, anzuwerben. Die Gewerkschaften haben sich jedoch gegen die Verwendung von Gutscheinen ausgesprochen und betont, dass dieses Instrument, das sich auf gelegentliche Arbeitsverhältnisse bezieht, nicht dazu beiträgt, mehr Arbeitnehmer anzuziehen, sondern nur dazu, die landwirtschaftliche Arbeit noch prekärer zu machen.

Bauernverbände haben auch die Einrichtung spezieller „grüner Korridore“ gefordert, die die Mobilität von Saisonarbeitern innerhalb der EU erleichtern sollen. Dieser Vorschlag wurde vom italienischen Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forstwirtschaft unterstützt. Bisher wurden jedoch noch keine konkreten Vereinbarungen getroffen.

Während des Lockdowns bevorzugten rumänische Migranten andere Zielländer (d. h. Deutschland oder das Vereinigte Königreich) gegenüber Italien, vermutlich weil in diesen Ländern die Arbeitsbedingungen besser und die Löhne höher sind und weil sie Zugang zu Einrichtungen oder Dienstleistungen wie z. B. organisierten Reisen haben.

Unternehmen, insbesondere in den nördlichen Regionen, suchten über Arbeitsvermittlungsagenturen oder lokale Arbeitsämter nach Arbeitskräften.<sup>29</sup> Der Bauernverband *Confagricoltura* organisierte spezielle Charterflüge, um 254 spezialisierte Landarbeiter aus Marokko in die Provinz L'Aquila zu bringen. Bei diesen Flügen wurden Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften zur Pandemieprävention geäußert.

Bauernverbände haben auch Online-Plattformen geschaffen, um Arbeitsangebot und -nachfrage aufeinander abzustimmen.<sup>30</sup> Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Italiener, die Arbeit in der Landwirtschaft suchen, anscheinend zunimmt.<sup>31</sup> In Asti haben die Bauernorganisation CIA und der lokale Verband PIAM die Rekrutierung von Asylbewerbern unterstützt. Viele Bauern, wie z. B. Coldiretti-Mitglieder, haben Hauslieferdienste organisiert und damit direkt auf die Nachfrage der Verbraucher reagiert.<sup>32</sup> Von der Gemeinde unterstützte Landwirtschaftsprojekte und Solidaritätskaufgruppen haben ähnliche Initiativen gefördert, einige in Zusammenarbeit mit Gemeinden.<sup>33</sup>

Die Landwirte wurden durch die Politik der ländlichen Entwicklung und andere regionale Fonds unterstützt, die auf die Überholung und Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe, die Förderung der Digitalisierung und von Lieferdiensten und eine bessere Verbindung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten ausgerichtet sind.<sup>34</sup>

## **6. INITIATIVEN VON GEWERKSCHAFTEN, ARBEITNEHMERN UND ANDEREN GRUPPEN DER ZIVILGESELLSCHAFT**

Seit dem Ausbruch der Covid-19-Krise haben die Beschäftigten im Logistik- und Agrarlebensmittelsektor häufig Arbeitskämpfmaßnahmen ergriffen. Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen

und Arbeitnehmer haben behauptet, dass der italienische Agrar- und Lebensmittelsektor nicht unter Arbeitskräftemangel leide, sondern unter einem Mangel an Arbeitnehmerrechten. Während sie die Legalisierung von Migranten ohne Papiere forderten, auch um sicherzustellen, dass Migranten uneingeschränkter Zugang zur medizinischen Versorgung haben, haben sich viele von ihnen zu den erheblichen Grenzen des derzeitigen Legalisierungsplans geäußert, die sich aus der Tatsache ergeben, dass er arbeitgebergesteuert ist.<sup>35</sup>

Am 21. Mai 2020 traten Hunderte von Wanderarbeitern in der Landwirtschaft in den Streik, um gegen das Legalisierungsprogramm zu protestieren und eine Stärkung ihrer Rechte zu fordern. Nach dem Tod eines Arbeiters bei einer Reihe von tödlichen Bränden in der informellen ländlichen Siedlung Borgo Mezzanone (Apulien) wurde ein Protest von zugewanderten Landarbeitern in Rom organisiert. Diese Maßnahmen haben die Grenzen einer befristeten und selektiven Regularisierung aufgezeigt und strukturelle Interventionen gefordert, um ein System zu überholen, das auf der Ausbeutung von Arbeitskräften beruht, indem es die Verletzlichkeit von Arbeitnehmern, insbesondere von Wanderarbeitnehmern, ausnutzt und gleichzeitig herbeiführt.

Die zivilgesellschaftliche Kampagne „Ero Straniero“ und der Tavolo Nazionale Asilo (das NGOs und internationale Organisationen, die im Asylbereich tätig sind, zusammenbringt) schlugen Änderungen vor, um den Geltungsbereich des Legalisierungssystems zu erweitern. Sie wurden jedoch vom Parlament abgelehnt.

# DIE NIEDERLANDE

## 1. ÜBERBLICK

Die ersten strengen Covid-19-Präventionsmaßnahmen in den Niederlanden wurden am 12. März 2020 angekündigt. Das Arbeiten von zu Hause aus stand, wann immer dies möglich war, im Mittelpunkt dieser Maßnahmen, mit Ausnahme der Beschäftigten in Branchen, die für die Reaktion auf Covid-19 als wesentlich erachtet wurden, einschließlich der Beschäftigten in der Lebensmittelversorgungskette. Eine Woche später wurden die Bildungseinrichtungen und das Hotel- und Gaststättengewerbe geschlossen. Nachdem die Zahl der Infektionen im April allmählich zurückgegangen war, wurden die Präventivmaßnahmen ab Mai langsam gelockert.

## 2. DIE FOLGEN FÜR DAS AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEM

Covid-19-Präventionsmaßnahmen in den Niederlanden und anderswo, wie z. B. die Schließung des Hotel- und Gaststättengewerbes, verlangsamten das Wachstum der Exporte wichtiger landwirtschaftlicher Produkte im ersten Quartal des Jahres. Die Blumenexporte gingen im April im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent zurück.<sup>36</sup> Zwischen Januar und März ging die Nachfrage nach Fleisch und Obst aus anderen EU-Ländern zurück, während die Verkäufe in Nicht-EU-Länder zunahmen.<sup>37</sup>

Der Nachfragerückgang wurde teilweise durch Initiativen zur Verkürzung der Agrar- und Nahrungsmittelkette zwischen Erzeugern und Verbrauchern ausgeglichen. Gleichzeitig trieb ein Anstieg der Verbrauchernachfrage nach gesunden

Lebensmitteln den Absatz von Biolebensmitteln weiter in die Höhe. Im April signalisierte der niederländische Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren eine relativ hohe Inflation.<sup>38</sup>

## 3. DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMER

Die Beschäftigungs- und Gesundheitsrisiken, denen mittel- und osteuropäische (MOE) Wanderarbeitnehmer in der niederländischen Landwirtschaft als Folge der Covid-19-Pandemie ausgesetzt sind, sind schwerwiegend.

Um dem Arbeitskräftemangel in ausgewählten Sektoren infolge des Lockdowns entgegenzuwirken, wurden Anfang April Arbeitskräfte aus Rumänien und Ungarn eingeflogen, vor allem zur Beschäftigung in der Spargel- und Erdbeerernte. Physische Distanzierungsregeln wurden bei diesen Flügen ignoriert. In Sektoren mit saisonalem Höchstbedarf an Arbeitskräften wurde die Arbeitszeit häufig verlängert, im Extremfall bis zu 14 Stunden pro Tag.<sup>39</sup>

Der Nachfragerückgang in anderen Sektoren verschlechterte die Beschäftigungsbedingungen und die Einkommensunsicherheit der zugewanderten Landarbeiter weiter. Eine Umfrage unter Arbeitsvermittlern ergab, dass Anfang April etwa die Hälfte der zugewanderten Landarbeiter - vor allem Frauen, ältere Arbeitnehmer und Personen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen - wenig oder gar keine Arbeit mehr hatten. Bei der Hälfte der noch Erwerbstätigen kam es zu Lohnkürzungen.<sup>40</sup> Für Migranten aus MOE, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, haben sich die damit verbundenen

Probleme durch Reisebeschränkungen nach Polen, Rumänien und Bulgarien verschärft, was zu einer erhöhten Zahl obdachloser Migranten geführt hat.

Die Probleme beim Zugang von Migranten aus MOE zu medizinischer Versorgung haben sich während der Pandemie ausgeweitet. Zwischen März und April war die Übersterblichkeit unter Migranten aus der westlichen Hemisphäre um etwa 50 Prozent höher,<sup>41</sup> einschließlich der MOE-Länder, verglichen mit einem Anstieg von 38 Prozent unter der einheimischen Bevölkerung.<sup>42</sup>

Der Großteil der Beschäftigten von Arbeitsvermittlungsagenturen profitiert nicht von den Präventivmaßnahmen ihrer Arbeitgeber gegen eine Ansteckung mit Covid-19.<sup>43</sup> Es mangelt an Desinfektion in den Arbeiterwohnungen, wo auch die Einhaltung sozialer Distanzierungsmaßnahmen fast unmöglich erscheint.<sup>44</sup> Folglich erhielt die Unterstützungsorganisation FairWork zwischen Mitte März und Mitte April im Vergleich zu 2019 viermal so viele Beschwerden - meist von MOE-Bürgern.<sup>45</sup> Dieser Anstieg dürfte die Zunahme der Risiken, denen die Arbeitnehmer ausgesetzt sind, unterschätzen, da sie aus Angst vor Entlassung oft Angst haben, einen Mangel an Schutzmaßnahmen zu melden, was in der Regel auch den Verlust der Krankenversicherung nach sich zieht.

Die fleischverarbeitende Industrie, gefolgt vom Obstsektor, erwies sich als Epizentrum von Covid-19-Infektionen. Mehrere betroffene Fleischbetriebe wurden daraufhin vorübergehend geschlossen. Trotz einer beträchtlichen Anzahl infizierter Mitarbeiter wurde der größte Fleischverarbeitungsbetrieb des Landes auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst offen gehalten, begründet durch die Notwendigkeit, Engpässe in der Fleischversorgung zu vermeiden.<sup>46</sup>

## 4. MASSNAHMEN DER REGIERUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NACHFRAGE NACH SAISONALEN ARBEITSKRÄFTEN UND DER KRISE IN DER AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Die niederländische Regierung nahm in Bezug auf Engpässe bei der saisonalen Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft eine *Laissez-faire*-Haltung ein und unterstützte gleichzeitig ausgewählte Gruppen von Landwirten direkt. Während einige Kommunen Arbeitgeber wegen Verstößen gegen die Covid-19-Präventionsmaßnahmen zu Geldstrafen verurteilten, kündigte die Kommune in Westland, einem globalen Zentrum des Gewächshausgartenbaus, an, dass zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit die Kontrolle der von den Arbeitsvermittlungsagenturen angebotenen Transportbedingungen für Arbeitnehmer keine Priorität habe.

Nach einem befristeten Notprogramm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen konnten Unternehmen, die einen Einnahmenverlust erlitten, ab April bis zu 90 Prozent Lohnkostenerstattung beantragen. Dazu gehörten auch die Löhne von Beschäftigten mit flexiblen Verträgen. Darüber hinaus stellte die Regierung den Blumen-, Kartoffel- und anderen Nahrungsmittelpflanzenanbauern, die am stärksten von Covid-19 betroffen waren, Subventionen in Höhe von 650 Millionen Euro zur Verfügung. Anträge auf Umweltauflagen für diese Subventionen wurden von der Regierung abgelehnt.

Im Mai richtete das Ministerium für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung (SZW) eine Taskforce für den Schutz von Wanderarbeitnehmern ein, die sich mit Fragen der Unterbringung, der Arbeitsbedingungen, des Transports, der Gesundheit und der Grenzen befassen soll. Angesichts der hohen Zahl von Infektionen in der Fleischindustrie startete die niederländische Arbeitsaufsichtsbehörde im Juni ein Projekt zu Arbeitsmarktbetrug und Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in diesem Sektor.

## 5. INITIATIVEN VON BAUERNVERBÄNDEN

Als Reaktion auf den Covid-19-Notstand haben Bauernorganisationen und Arbeitsagenturen Initiativen entwickelt, um sowohl ein angemessenes Beschäftigungsniveau zu gewährleisten als auch die Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen.

In Sektoren, die einen Rückgang der Verbrauchernachfrage verzeichneten, gab es große Arbeitskräfteüberschüsse, während in anderen Sektoren ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrschte. Die Personalplattform Corona Crisis ist eine gemeinsame Initiative verschiedener Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften FNV und CNV,<sup>47</sup> während „Help us to harvest“ (dt. „Helft uns bei der Ernte“) vom größten Arbeitgeberverband, dem Niederländischen Landwirtschafts- und Gartenbauverband (LTO), zusammen mit der Arbeitsagentur Nedflex initiiert wurde.<sup>48</sup> Wenige Tage nach der Einführung der Plattformen hatten sich bereits tausend Arbeitssuchende registriert, hauptsächlich niederländische Staatsangehörige wie Studenten, Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe und in Reisebüros, die die Arbeit in der Saisonernte aufnahmen. Im Mai erklärte der Minister für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität, dass es keinen Arbeitskräftemangel gebe.<sup>49</sup>

Der niederländische Verband der privaten Arbeitsvermittler (ABU) und die LTO haben sich mit den Gewerkschaften zusammengetan, um Protokolle für sichere Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft auszuarbeiten.<sup>50</sup> Der ABU kritisierte den ersten Rat der Taskforce zum Schutz von Wanderarbeitnehmern, einen Arbeiter pro Raum unterzubringen und während des Transports physischen Abstand zu wahren, und argumentierte, dass sein eigenes Protokoll, das ein Maximum von zwei Arbeitern vorsieht, die sich einen Raum teilen, und die gemeinsame Beförderung von Arbeitern, die im selben Haushalt leben, erlaubt, eine Alternative bietet.<sup>51</sup>

## 6. INITIATIVEN VON GEWERKSCHAFTEN, ARBEITNEHMERN UND ANDEREN GRUPPEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

In einem Brief an das Parlament hoben die NGOs FairWork und CoMensha sowie die Gewerkschaften FNV und CNV hervor, wie die andauernde Pandemie die Arbeitsbedingungen von Migranten verschlechtert. Sie forderten einen wirksamen Schutz der Migranten bei der Arbeit, während des Transports und in ihren Wohnungen durch das Sozialministerium, auch um Risiken für die öffentliche Gesundheit im Allgemeinen und die Lebensmittelversorgung im Einzelnen zu vermeiden.<sup>52</sup> Darüber hinaus betonte die FNV die Notwendigkeit, die Abhängigkeit der Wanderarbeitnehmer von ihren Arbeitgebern durch die Trennung von Arbeits- und Wohnungsverträgen zu verringern.<sup>53</sup> Zusätzlich bieten die oben genannten Organisationen und MOE-Migrantengruppen mehrsprachige Plattformen und Beratungsstellen an, um Wanderarbeitnehmer über ihre Rechte und über Beschwerdeverfahren zu informieren.

Der CNV kritisierte die große Zahl von Arbeitsplatzverlusten unter den Leiharbeitern, obwohl die Unternehmen zur Stabilisierung der Beschäftigungslage Lohnsubventionen in Milliardenhöhe erhielten.<sup>54</sup> In einem ähnlichen Schritt forderten NGOs, die sich für Umweltgerechtigkeit einsetzen, darunter Greenpeace und Milieudefensie, dass die öffentliche Unterstützung von Unternehmen im Zusammenhang mit der Pandemie von der Erfüllung bestimmter Nachhaltigkeitsziele abhängig gemacht werden müsse. Parallel dazu bemühen sich zivilgesellschaftliche Gruppen wie die Short Chain and Local Food Task Force in Den Haag um eine Verkürzung der Agrar- und Nahrungsmittelketten und um die Förderung einer nachhaltigen Produktion.

# SPANIEN

## 1. ÜBERBLICK

In Spanien wurden mehrere Eindämmungsmaßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen. Am 14. März wurde der Ausnahmezustand verhängt. Er wurde dann am 27. März noch strenger um weitere 15 Tage verlängert, in denen ein völliges Verbot aller nicht lebensnotwendigen Arbeitsaktivitäten verhängt wurde. Die Beschränkungen wurden schrittweise bis zum 21. Juni gelockert, als die Regierung das Ende des Ausnahmezustands erklärte.

Der Agrar- und Nahrungsmittelsektor wurde als von strategischer Bedeutung erklärt und daher von den so genannten wirtschaftlichen Stilllegungsmaßnahmen ausgeschlossen.

## 2. DIE FOLGEN FÜR DAS AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEM

Die Schließung des Hotel- und Gaststättengewerbes (Horeca) sowie logistische und operationelle Schwierigkeiten verlangsamen den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere von Frischprodukten. Die Differenz zwischen den Prognosen für Februar und April 2020<sup>55</sup> zeigt einen Rückgang der Produktion um etwa 20 Prozent bei Tomaten (von 975.000 auf 839.000 Tonnen) und 30 Prozent bei Erdbeeren (von 352.000 auf 260.000 Tonnen). Doch während es einen allgemeinen Einbruch der spanischen Exporte gab (ein Rückgang um 39,3% im April 2020 im Vergleich zum April

2019), wuchs der Nahrungsmittelsektor als einziger um 0,8%. Diese Exporte gingen insbesondere nach Deutschland, Frankreich, Italien und in die Schweiz,<sup>56</sup> vor allem aufgrund des signifikanten Wachstums in den dortigen Teilspektoren für Obst und Gemüse.

Bauernorganisationen schlugen Alarm wegen des Arbeitskräftemangels als Folge von Grenz- und Reisebeschränkungen. Die Grenzbeschränkungen hatten insbesondere schwerwiegende Auswirkungen auf den Mechanismus der *contratacion en origen* (Vertragsabschlüsse in den Herkunftsländern), durch den die spanischen Bauernverbände seit mehr als zehn Jahren Saisonarbeitskräfte (meist Frauen) direkt von den Beschäftigungszentren in Marokko rekrutieren können. Vor dem Ausnahmezustand waren von den 24.000 Arbeitnehmern, die ursprünglich unter Vertrag genommen worden waren, nur 9.000 nach Spanien eingereist.

## 3. DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMER

Offizielle Daten zeigen, dass im Jahr 2020 der traditionelle Frühjahrsanstieg der Beschäftigung in der Landwirtschaft durch das Coronavirus erheblich beeinträchtigt wurde, mit 17.100 weniger Arbeitsplätzen als 2019<sup>57</sup> (791.163 Beschäftigte im Jahr 2020 gegenüber 808.255 im Jahr 2019). Wanderarbeitskräfte waren von dieser Dynamik am stärksten betroffen.<sup>58</sup>

Allerdings konzentrieren sich 30 Prozent der regulär beschäftigten Arbeitsmigranten aus der EU in der Provinz Huelva, wo im Zeitraum zwischen März und Mai 2020 ungefähr die gleiche Anzahl von Verträgen wie 2019 verzeichnet wurde. Ein ähnlicher Trend ist bei den regulär beschäftigten Landwirten mit Migrationshintergrund aus Nicht-EU-Ländern zu verzeichnen, von denen sich 50 Prozent auf die Provinzen Almería und Murcia konzentrieren.

In der Realität gab es in diesen Enklaven der intensiven Landwirtschaft eine erhebliche Beschäftigungsstabilität. Wie lokale Organisationen berichteten, waren die Arbeitsbedingungen auf den Feldern während der Pandemie viel missbräuchlicher, da die Arbeiter größere Mengen an Erzeugnissen ernten und mehr Überstunden machen mussten.<sup>59</sup> In den informellen Lagern, in denen sich viele Saisonarbeiter niederlassen, waren Maßnahmen zur Pandemieprävention aufgrund des Mangels an Trinkwasser, Elektrizität und lebensnotwendigen Mindestversorgungsleistungen sowie der allgemein prekären und überfüllten Wohnverhältnisse praktisch nicht durchführbar.

Als die Erntezeit zu Ende ging, verbot die marokkanische Regierung die Rückkehr der (zumeist weiblichen) Arbeiterinnen, die ohne Lebensunterhalt auf dem spanischen Land blieben und ausschließlich von den Gewerkschaften unterstützt wurden.

Es wurden verschiedene Ausbrüche von Covid-19 im Agrar- und Lebensmittelsektor gemeldet. In Huesca wurden 14 Landarbeiter, die bei der Firma Frutas La Espesa beschäftigt waren, mit Covid-19 infiziert. Die Gewerkschaften berichteten über eine völlige Nichteinhaltung der Sicherheitsprotokolle. In der Stadt Totana (Murcia) infizierte sich ein Team von Landarbeitern während des von einer Zeitarbeitsfirma organisierten Transports zu den Feldern, weil im Bus die Distanzierungsregeln nicht eingehalten worden waren. In zwei Schlachthöfen in der Provinz Huesca wurden 374 Arbeiter bei Covid-19-Tests als positiv befunden.

#### **4. MASSNAHMEN DER REGIERUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NACHFRAGE NACH SAISONALEN ARBEITSKRÄFTEN UND DER KRISE IN DER AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT**

Um dieser Notlage zu begegnen, genehmigte die Regierung wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen durch Darlehen, Hilfen, außerordentliche Subventionen und einen Schuldenstopp. Um die Beschäftigung in der Landwirtschaft zu unterstützen, wurde die Gültigkeit der Aufenthaltsgenehmigungen für Migranten bis zum 30. Juni verlängert, Wanderarbeiter ohne Arbeitserlaubnis durften in der Landwirtschaft arbeiten (*medidas de flexibilización del empleo agrario*). Darüber hinaus wurde jungen Drittstaatsangehörigen (zwischen 18 und 21 Jahren) in einer geregelten Situation erlaubt, in der Landwirtschaft zu arbeiten, zunächst bis zum 30. Juni und dann bis September. Nach diesem Datum können sie eine zweijährige Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis beantragen, die überall im Land um weitere zwei Jahre verlängert werden kann, ohne Einschränkung nach Branchen oder Aktivitäten. Abgesehen von der Tatsache, dass die Bestimmung eine begrenzte Zielgruppe abdeckt, gibt es jedoch auch einige Anforderungen, die die Möglichkeit der Bewerbung junger Migranten einschränken.<sup>60</sup>

Um die Rückkehr arbeitsloser Staatsangehöriger auf das Land zu unterstützen und die interne Mobilität zu erschweren, beschloss die spanische Regierung, den Arbeitnehmern verbindlich vorzuschreiben, dass sie ihren Wohnsitz oder vorübergehenden Aufenthalt in Gemeinden haben müssen, die an ihren Arbeitsplatz angrenzen. Darüber hinaus wurde Arbeitslosen ermöglicht, landwirtschaftliche Tätigkeiten auszuüben und gleichzeitig weiterhin Arbeitslosengeld zu erhalten. Teilweise als Folge dieser Politik ist die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten einheimischen Arbeitskräfte nur

geringfügig (um -1,4 Prozent) gesunken (542.183 im Jahr 2020, verglichen mit 549.386 im Mai 2019).<sup>61</sup>

Im Juni 2020 führte die Regierung spezifische kurzfristige Maßnahmen ein, um zu verhindern, dass noch mehr Migranten in einen illegalen Einwandererstatus fallen. Die Einkommensschwelle und andere Anforderungen wurden gesenkt, um den Zugang zu Genehmigungsverlängerungen, zur Familienzusammenführung und zu den als *arraigo* bezeichneten befristeten Aufenthaltsgenehmigungen zu erleichtern. Die Aufenthaltsgenehmigungen werden auch für diejenigen verlängert, die arbeitslos sind oder Einkommensunterstützung oder das Existenzminimum verdienen, sowie für diejenigen, die von ihren Familien abhängig sind.

Während der Pandemie haben einige lokale Behörden vorübergehende Unterkünfte für Landarbeiter zur Verfügung gestellt, z. B. in Fraga, Lleida und in mehreren Gemeinden in Katalonien. Die andalusische Regionalregierung hat über 1,1 Millionen Euro bereitgestellt, um eine Mindestversorgung (Trinkwasser, Reinigung und Müllabfuhr, Lebensmittel, Hygiene- und Sanitärmaterial und andere grundlegende Produkte) für rund 2.200 Einwohner in den 79 Siedlungen der Provinz Almeria und weitere 1,1 Millionen Euro für 2.200 Menschen in 30 Dörfern in Huelva zu gewährleisten.

In einigen Gemeinden in der Provinz Lleida errichteten die lokalen Behörden Pavillons zur Unterbringung von Saisonarbeitern, die zur Ernte eingetroffen waren und auf der Straße schliefen.

## 5. INITIATIVEN VON BAUERNVERBÄNDEN

Bauernverbände haben einige Initiativen umgesetzt, um Arbeitskräfte anzuziehen. UPA-Unión de Pequeños Agricultores, Coag, Asaja-Asociación Agraria de Jóvenes Agricultores zum Beispiel haben sich mit den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der föderalistisch dezentralisierten autonomen Gemeinschaften zusammengetan, um Online-Plattformen einzurichten, um Angebot und

Nachfrage nach Arbeitskräften aufeinander abzustimmen. In einigen Fällen haben jedoch viele Staatsangehörige, nachdem sie sich um eine Stelle in der Agrar- und Ernährungswirtschaft beworben hatten, ihren Arbeitsplatz wegen harter und minderwertiger Arbeitsbedingungen aufgegeben. In anderen Fällen macht das Fehlen einer Aufenthaltsgenehmigung die reguläre Beschäftigung von Wanderarbeitern unmöglich, wie es bei den meisten Anträgen (rund 3.500) der Fall war, die bei der Unión de Agricultores y Ganaderos de Aragón (UAGA) eingingen.

Die spanischen Erzeugerorganisationen wurden ermächtigt, von den Maßnahmen wegen Covid-19 abzuweichen. Etwa ein Dutzend Viehzuchtbetriebe durften im Mai einen Sonderflug von Montevideo organisieren, um 250 qualifizierte uruguayische Schafscherer einzufliegen.

Auch Bauernverbände haben eine Ausnahme von den Sicherheitsvorschriften für den Transport von Arbeitsteams auf das Land beantragt.

## 6. INITIATIVEN VON GEWERKSCHAFTEN, ARBEITNEHMERN UND ANDEREN GRUPPEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Covid-19 hat zweifellos dazu beigetragen, den Gewerkschaftskonflikt auf dem Land zu verringern, auch wenn es schwerwiegende Folgen für die Sicherheit am Arbeitsplatz hat. In den ersten vier Monaten des Jahres 2020 ist die Zahl der Streiktage in der Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr um 90 Prozent zurückgegangen (119 gegenüber 1.920 im Jahr 2019), während die Zahl der Todesfälle bei der Arbeit auf den Feldern von 8 auf 40 gestiegen ist.

Mehrere humanitäre Organisationen haben versucht, Landarbeiter durch die Verteilung von Trinkwasser und lebensnotwendigen Gütern an Menschen in informellen Siedlungen, wie in Hueva und Almeria, zu unterstützen. Die Gewerkschaft Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT) hat Wanderarbeitskräfte mit lebensnotwendigen Gütern und persönlicher Schutzausrüstung versorgt.

Mehr als 700 Organisationen aus dem ganzen Land haben die nationale Regierung und die zuständigen Ministerien (Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung sowie Verbraucherangelegenheiten und Gesundheit) gebeten, sich mit den Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die kleinbäuerliche Agrarlebensmittelproduktion auseinanderzusetzen

und kurze Lebensmittelketten, lokale Märkte und den agroökologischen Übergang durch die Kampagne *#SOSCampesinado* zu unterstützen.<sup>62</sup> Über 100 Organisationen haben die Regierung im Rahmen der Kampagne *#RegularizacionYa* aufgefordert, die rund 600.000 undokumentierten Migranten in Spanien zu legalisieren.

# SCHWEDEN

## 1. ÜBERBLICK

Die schwedische Strategie gegen die Covid-19-Pandemie bestand darin, eine vollständige Abriegelung zu vermeiden. Stattdessen wurden große Versammlungen verboten, an Arbeitsplätzen und anderen Orten, an denen sich Menschen versammeln, wird physische Distanzierung praktiziert.<sup>63</sup>

Die schwedischen Arbeitslosengeld- und Sozialversicherungssysteme wurden an die Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitsmärkte angepasst, um sie integrativer zu machen und mehr gefährdete Arbeitnehmer abzudecken.<sup>64</sup> Die Wartezeiten für diese Maßnahmen und die Art und Weise, wie das System der Kurzarbeitszulage (Beurlaubung) funktioniert, machen sie jedoch für Wanderarbeitnehmer de facto unzugänglich. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die flexible, stundenbasierte Formen von Arbeitsverträgen mit beschränktem Zugang zu Krankheitsurlaub haben.<sup>65</sup>

Darüber hinaus wurden Sperrmaßnahmen - Reiseverbote, Ausgangssperren usw. - vor Beginn der Erntesaison in Schweden eingeführt. Dadurch wurden die Möglichkeiten der Arbeitnehmer eingeschränkt, nach Schweden zu reisen, um eine Beschäftigung in der Agrar- und Lebensmittelindustrie zu suchen.

## 2. DIE FOLGEN FÜR DAS AGRAR- UND LEBENSMITTELSYSTEM

Jedes private Unternehmen, das aufgrund der Pandemie einen signifikanten Umsatzrückgang erleidet, wird durch ein spezifisches staatliches Finanzhilfeprogramm<sup>66</sup> im Gesamtwert von etwa 4 Milliarden Euro unterstützt. Die Höhe des Zuschusses variiert je nach tatsächlichem Umsatzverlust und deckt bis zu 75 Prozent der Fixkosten des Unternehmens, ohne Löhne. Unternehmen müssen während des letzten Geschäftsjahres einen Umsatz von mindestens 25.000 Euro erzielt haben und der Umsatzverlust muss mehr als 30 Prozent betragen, um Anspruch auf den Zuschuss zu erheben.<sup>67</sup> Landwirtschafts- und Nahrungsmittelunternehmen, die aufgrund von Covid-19-Beschränkungen nicht ernten können, werden wahrscheinlich von diesen Zuschüssen profitieren.

Unternehmen sahen sich mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert, da der Zugang zu Schweden durch Reisebeschränkungen begrenzt war.<sup>68</sup> Einige Monate lang galt das Verbot der Einreise nach Schweden auch für Wanderarbeitnehmer in der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Auf politischen Druck aus dem Sektor wurde diese Kategorie von Migranten jedoch in die Ausnahmeregelung des Reiseverbots aufgenommen.<sup>69</sup> Die Reisebeschränkungen in anderen Teilen der Welt machen es aber sehr schwer, tatsächlich nach Schweden zu reisen.

Die Arbeitgeber berichten von einer katastrophalen Situation und einer akuten Nachfrage im grünen Sektor nach 5.000 Arbeitern auf den Feldern und 3.000 Arbeitern in der Forstwirtschaft.<sup>70</sup> Während Arbeitnehmer aus EU-Ländern meist nach Schweden reisen konnten, um eine Arbeit in der Landwirtschaft aufzunehmen, war dies für Arbeitnehmer aus Drittstaaten, insbesondere Thailand, die hauptsächlich Waldbeeren pflücken, nicht möglich.<sup>71</sup>

Trotz eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit bewerben sich schwedische Arbeitnehmer nicht um Stellen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft.<sup>72</sup> Forscher gehen davon aus, dass die Arbeitslosen unter den einheimischen Arbeitskräften nicht die Stellen besetzen werden, die nicht mit Wanderarbeitnehmern besetzt sind, welche nicht nach Schweden reisen können. Es wird vermutet, dass die harten Arbeitsbedingungen und nicht die Löhne der Hauptgrund dafür sind, dass die Einheimischen keine Stellen im grünen Sektor annehmen.

Der Mangel an Arbeitskräften trägt möglicherweise zu einem Anstieg der Verbraucherpreise für Obst und Gemüse bei.<sup>73</sup> Im April wurden diese Produkte um 4 bzw. 4,4 Prozent teurer.<sup>74</sup> In Schweden gab es keinen Mangel an Konsumgütern, während sich die Nachfrage nach Lebensmitteln weg von Restaurants hin zur Lieferung von Lebensmitteln und Einkäufen nach Hause verlagert hat.<sup>75</sup> Das inländische Transportsystem ist von der Pandemie weitgehend unbeeinflusst.

Unternehmen, die im Agrar- und Lebensmittelsektor tätig sind, haben jedoch vor und während der Pandemie keine großen Unterschiede in der Produktivität festgestellt. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten ist von Seiten der Restaurants zurückgegangen, aber von Seiten der Supermarkt-Einzelhändler gestiegen.<sup>76</sup> Dementsprechend mussten einige Unternehmen ihre Verkaufsmodelle anpassen und die reguläre Lieferkette für Agrarnahrungsmittel teilweise modifizieren.<sup>77</sup>

### 3. DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMER

Es wurde über keine wesentlichen neuen Folgen der Pandemie für die Arbeitsbedingungen der Arbeiter im grünen Sektor berichtet.<sup>78</sup> Die flexiblen und prekären Beschäftigungsbedingungen in diesem Sektor haben sich verschärft, aber gleichzeitig haben die Reisebeschränkungen es Wanderarbeitern, die sich bereits in Schweden aufhalten, ermöglicht, mehr Stunden zu arbeiten und dadurch möglicherweise ein angemessenes Gehalt zu erhalten. In Betrieben, in denen prekäre und flexible Beschäftigungsverhältnisse die Norm sind, wurden aufgrund des Mangels an Wanderarbeitnehmern keine signifikanten Veränderungen gemeldet. Wanderarbeitnehmer können nach Schweden reisen, um in der Landwirtschaft zu arbeiten, dürfen aber oft nicht in ihr Heimatland zurückkehren, weil es dort Beschränkungen gibt - insbesondere für Reisende aus Schweden -, die ihre Entscheidung, dort überhaupt eine Beschäftigung aufzunehmen, beeinflussen könnten.<sup>79</sup> Insgesamt sind sowohl die Zahl der Einzelüberweisungen als auch die Gesamtbeträge deutlich gestiegen, obwohl die Kosten für die Überweisungen gestiegen sind. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass Migranten in Schweden gestrandet sind und dass ihre Verwandten in ihren Herkunftsländern einen größeren Bedarf an Ressourcen haben.

Im grünen Sektor haben Sicherheitsbeauftragte keine coronabezogenen Vorfälle gemeldet oder die schwedische Arbeitsumweltbehörde gebeten, von den Arbeitgebern aufgrund der Pandemie besondere Sicherheitsmaßnahmen zu verlangen.<sup>80</sup>

Die für die Organisation der Beschäftigten im grünen Sektor zuständige Gewerkschaft ist auch für den Gesundheitssektor zuständig. Die Pandemie hat diesen Sektor und seine Beschäftigten enorm belastet und erfordert massive Anstrengungen seitens der Gewerkschaft, die den Beschäftigten im Agrar- und Lebensmittelsektor infolgedessen möglicherweise weniger Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Die Tarifverhandlungen über die Erneuerung der nationalen Branchentarifverträge wurden auf den Herbst verschoben. Diese Tarifverträge - die für die meisten Agrar- und Lebensmittelsektoren gelten, jedoch nicht für das Pflücken von Beeren - sollten am 30. Juni auslaufen, und sollen nun am 30. November auslaufen. Der Mangel an Saisonarbeitern aus Thailand beim Beerenpflücken wird durch sogenannte freie Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa aufgefüllt, die höchstwahrscheinlich nicht offiziell angestellt sind und daher nicht unter einen Tarifvertrag fallen werden. Bei Verhandlungen auf betrieblicher Ebene wurde die Pandemie von den Arbeitgebern instrumentalisiert, um Forderungen nach besseren Bedingungen abzulehnen, indem mit der Schließung des Unternehmens gedroht wurde oder man sich weigerte, überhaupt zu verhandeln.<sup>81</sup>

Es wurde hervorgehoben, dass die Arbeitsumgebung in der Landwirtschaft das Risiko der Verbreitung des Virus verringert, da auf offenen Feldern und oft unter isolierten Bedingungen gearbeitet wird.<sup>82</sup> Dies gilt jedoch nicht für alle Tätigkeiten im Agrar- und Lebensmittelsektor. In Verarbeitungsbetrieben ist der Platz sehr begrenzt, und die Arbeitgeber haben keine besonderen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer ergriffen. Ein weit verbreitetes Problem betrifft den Zugang zu Informationen für Wanderarbeitnehmer über Gesundheits- und Sicherheitsstandards und darüber, wie sie Zugang zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung erhalten.<sup>83</sup>

#### **4. MASSNAHMEN DER REGIERUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NACHFRAGE NACH SAISONALEN ARBEITSKRÄFTEN UND DER KRISE IN DER AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT**

Die schwedische Regierung unterstützt den grünen Sektor indirekt durch ein Programm im Umfang von umgerechnet 15 Millionen Euro, das darauf abzielt, Arbeitslose und gering qualifizierte Arbeitskräfte

einzustellen, um Felder und Wälder in öffentlichem Besitz zu bewahren.<sup>84</sup> Die Idee dahinter ist, dass diese Arbeitnehmer Fertigkeiten entwickeln und eine Beschäftigung in Agrar- und Lebensmittelbetrieben aufnehmen.

Die Arbeitgeber sind im Allgemeinen zufrieden mit den Maßnahmen der Regierung, mit Ausnahme von Beschwerden über Missverständnisse zwischen dem Migrationsamt (*Migrationsverket*) und der Grenzpolizei (*Gränspolis*), die die Einreise von Drittstaatsangehörigen, die rechtmäßig nach Schweden einreisen durften, um in der Forstwirtschaft zu arbeiten, behindert haben.<sup>85</sup>

#### **5. INITIATIVEN VON BAUERNVERBÄNDEN**

Der Bauernverband und die schwedische öffentliche Arbeitsagentur haben ein bereits bestehendes Projekt zur Unterstützung und Förderung der Beschäftigung im Agrar- und Lebensmittelsektor aufgestockt.<sup>86</sup> Nach Ansicht der Arbeitgeberorganisation im grünen Sektor stellt die Anwerbung von Arbeitnehmern aus der EU kein Problem dar, was bedeutet, dass zu diesem Zeitpunkt keine besondere Initiative erforderlich ist.<sup>87</sup>

#### **6. INITIATIVEN VON GEWERKSCHAFTEN, ARBEITNEHMERN UND ANDEREN GRUPPEN DER ZIVILGESELLSCHAFT**

Es wurden keine organisierten Streiks oder konzertierten Aktionen der Beschäftigten in der schwedischen Agrar- und Ernährungswirtschaft gemeldet. In einzelnen Betrieben kam es zu Warnstreiks, die von den Gewerkschaften nicht unterstützt wurden. Diese Streiks standen nur teilweise im Zusammenhang mit der Pandemie, die die heikle Situationen und den Mangel an Informationen über die Arbeitsbedingungen noch verschärft haben könnte.<sup>88</sup>

# SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Wie in allen Länderberichten hervorgehoben wird, hat die Covid-19-Krise deutlich gemacht, dass die Lieferkettensysteme in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in hohem Maße von Wanderarbeitskräften abhängig sind, die oft unter Bedingungen der Unregelmäßigkeit und Ausbeutung arbeiten. Noch bevor die Pandemie Europa traf, zeigten OSEPI- und EUI-Berichte<sup>89</sup>, wie die Beschäftigung von Landarbeitern, insbesondere von Wanderarbeitern, durch hohe Flexibilität, niedrige Löhne und minderwertige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist. Die Pandemie hat diese Trends noch verschärft.

Die Covid-19-Krise hat die Grenzen der Dynamik langer Lieferketten weiter offenbart, auch im Hinblick auf Preisverzerrungen, unlauteren Wettbewerb und Vertriebsdynamik. Im Zuge der wirtschaftlichen Rezession besteht die Gefahr, dass große Einzelhandelsunternehmen Produkte zu niedrigeren Preisen anbieten werden, mit der Folge einer zusätzlichen Verringerung der Einnahmen der Landwirte und der Löhne der Arbeitnehmer.

In allen Ländern, die in diesem Bericht untersucht wurden, haben nur sehr wenige Unternehmen die Landarbeiter mit Masken und anderen Arten von Sicherheitsausrüstung oder mit Informationen über Gesundheit und Sicherheit ausgestattet. Während es für Landarbeiter, die auf den Feldern arbeiten, einfacher ist, physische Abstandsmaßnahmen

einzuhalten, waren die Bedingungen in Lagerhäusern, wo diese Maßnahmen schwieriger anzuwenden waren, besonders problematisch. Insbesondere die fleischverarbeitende Industrie hat sich in allen in diesem Dossier untersuchten Ländern, insbesondere in Deutschland, als Epizentrum von Covid-19-Infektionen erwiesen.<sup>90</sup>

Als Reaktion auf den akuten Arbeitskräftemangel und angesichts der allgemeinen Abneigung von Staatsangehörigen, im Agrar- und Lebensmittelsektor aufgrund seiner harten und minderwertigen Bedingungen zu arbeiten, haben die nationalen Regierungen mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Mobilität und Einstellung von Saisonarbeitern zu erleichtern. Dazu gehören Charterflüge, um Wanderarbeitnehmer auf europäische Felder zu bringen, wobei Pandemie-Präventionsmaßnahmen oft ignoriert wurden, oder andere kurzfristige Lösungen wie Legalisierungsprogramme für undokumentierte Migranten.

Covid-19 hat deutlich hervorgehoben, dass befristete und selektive Regularisierungsmaßnahmen nicht die einzige Antwort sein können und vor allem nicht ausreichen, um die Ausbeutung von Wanderarbeitnehmern zu bekämpfen. Die Migrationspolitik muss überarbeitet werden, um sichere und legale Einreisewege für niedrig- und mittelqualifizierte Arbeitnehmer zu schaffen.

Wie in einer kürzlich verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlaments zum Schutz von Saisonarbeitern und Grenzgängern während Covid-19<sup>91</sup> hervorgehoben wurde, ist es auch notwendig, strukturelle Interventionen zu verabschieden, um Löhne und Arbeitsrechte zu stärken, menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten, Wohlfahrtsdienste zu entwickeln und gegen die Vergabe von Unteraufträgen vorzugehen. Der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, hat eine Verpflichtung zur Einführung von Maßnahmen angekündigt, um der Ausbeutung von Schlachthofpersonal und Saisonarbeitern ein Ende zu setzen. Insbesondere hat der Kommissar Unterstützung für eine Initiative für einen EU-Mindestlohn zugesagt, der als ein wesentliches Element der Erholung vom Coronavirus vorgestellt wurde.

Die Pandemie hat auch den Bedarf an neuen Agrarnahrungsmittelsystemen gezeigt, die sowohl faire Arbeitsbedingungen als auch ökologische Nachhaltigkeit garantieren können. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die jüngsten nationalen Reaktionen auf die Covid-19-Krise zwar hauptsächlich darauf abzielten, den Mangel an Arbeitskräften und Nahrungsmitteln zu beheben, der Unterstützung und Entwicklung nachhaltigerer Agrarlebensmittelsysteme wurde bisher jedoch wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der Tat scheinen die meisten nationalen Initiativen die großen Einzelhändler, die Agrarlebensmittelindustrie und die Logistikplattformen zu stärken.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Konjunkturbelebung deutet darauf hin, dass die Gemeinsame Agrarpolitik und die „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie (Farm to Fork Strategy) eine Rolle bei der „Stärkung unserer Versorgungsketten und der Bewältigung der Probleme spielen können, die während der Krise aufgedeckt wurden“<sup>92</sup> Die kürzlich verabschiedete „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie unterstreicht die Notwendigkeit, „die sozioökonomischen Folgen abzumildern, die sich auf die Nahrungsmittelkette auswirken, und sicherzustellen, dass die in der Europäischen Säule der sozialen Rechte verankerten Schlüsselprinzipien eingehalten werden“, insbesondere im Hinblick auf prekäre, saisonale und nicht angemeldete Arbeitnehmer.<sup>93</sup>

All diese Initiativen und Erklärungen zeugen von neuen Bemühungen, die **soziale Dimension der EU zu stärken** und dabei die durch die Covid-19-Krise ausgelöste Dynamik zu nutzen. Insbesondere demonstrieren sie einen **neuen Vorstoß der EU**, sich mit den beklagenswerten Arbeits- und Lebensbedingungen einiger Kategorien von Arbeitnehmern, einschließlich Saisonarbeitern und entsandten Arbeitnehmern, auseinanderzusetzen, deren Anfälligkeit von Lücken im Sozial- und Arbeitsrecht der EU abhängt. Wie in einer gemeinsamen Erklärung mehrerer Organisationen einschließlich der OSEPI hervorgehoben wurde, kann die Pandemie eine **entscheidende Gelegenheit für die EU darstellen, ihr Agrar- und Lebensmittelsystem zu überholen**, um es **sowohl grüner als auch rechtskonformer** zu machen, mit nachhaltigeren Lieferketten, garantierten Arbeitnehmerrechten, fairen Löhnen für die Arbeitnehmer und angemessenen Preisen für Landwirte und Verbraucher.

## EMPFEHLUNGEN FÜR ENTSCHEIDUNGSTRÄGER DER EU-POLITIK

1. **Unterstützen Sie nationale Regierungen, die Genehmigungen für undokumentierte Migranten erteilen** und ihnen vollen Zugang zu medizinischer Versorgung und angemeldeter Beschäftigung gewährleisten. Jeder Regularisierungsplan **sollte alle Migranten abdecken, unabhängig von ihrer Rolle auf dem Arbeitsmarkt**. Wie einige Mitgliedsstaaten es bereits getan haben, sollten Genehmigungen automatisch verlängert und laufende Anträge angenommen werden, wobei Genehmigungen von angemessener Dauer erteilt werden sollten, um Migranten und ihren Familien in schwierigen Verhältnissen eine gewisse Stabilität und Sicherheit zu bieten.
2. **Fordern Sie die nationalen Regierungen auf**, dafür zu sorgen, dass alle Arbeitnehmer, die sich mit dem Covid-19-Virus infiziert haben oder deren Familienangehörige daran erkrankt sind, **ohne Angst, ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen zu verlieren, Urlaub mit vollem Lohn nehmen können**.
3. Nehmen Sie eine Initiative zur Gewährleistung **angemessener Mindestlöhne** für Arbeitnehmer in der Union an, wobei ein gesetzlicher Mindestlohn auf über 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns festgelegt wird, der die Armutrisikogrenze darstellt. Darüber hinaus muss sie mit Maßnahmen zur Förderung von Tarifverhandlungen, insbesondere auf sektoraler Ebene, gekoppelt werden.
4. Unterstützen und ermutigen Sie die Mitgliedsstaaten zur Umsetzung von **Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte**, unter anderem durch den Erholungsfonds der EU. Alle Arbeitnehmer, auch die informell Beschäftigten, sollten Zugang zu einer anständigen und angemessenen Unterkunft, Wasser, Covid-19-Schnelltests, zur Bereitstellung von Schutzausrüstung am Arbeitsplatz und zu angemessenen Transportdiensten haben. Besondere Aufmerksamkeit muss der Unterstützung **geschlechtersensibler Aktionen** gewidmet werden. EU-Gelder sollten auch direkt an zivilgesellschaftliche Organisationen weitergeleitet werden, die Initiativen durchführen, um den Bedürfnissen der Landarbeiter gerecht zu werden.
5. Unterstützen Sie im Rahmen des grünen Übergangs der EU und durch den EU-Wiederaufbaufonds alternative Lebensmittelsysteme, kurze Ketten und eine von der Gemeinschaft unterstützte Landwirtschaft, die dem Ziel einer zugänglichen, gesunden und nachhaltigen Lebensmittelversorgung sowie der Gewährleistung fairer Arbeits- und Lohnbedingungen gerecht werden sollten.

## ANMERKUNGEN

- 1 [Communication from the Commission, Covid-19, Guidance on the implementation of the temporary restriction on non-essential travel to the EU, on the facilitation of transit arrangements for the repatriation of EU citizens, and on the effects on visa policy C\(2020\) 2050 final; Communication from the Commission, Guidelines concerning the exercise of the free movement of workers during the COVID-19 outbreak 2020/C 102 I/03.](#)
- 2 A. Corrado, F.S. Caruso, M. Lo Cascio, M. Nori, L. Palumbo und A. Triandafyllidou, 2018, [Is Italian Agriculture a "Pull Factor" for Irregular Migration – And, If So, Why?](#), Open Society European Policy Institute; L. Palumbo und A. Corrado (Eds.), 2020, [Are Agrifood Workers Only Exploited in Southern Europe? Case Studies on Migrant Labour in Germany, the Netherlands and Sweden](#), Open Society European Policy Institute.
- 3 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2020a, [Corona-Paket der Bundesregierung – wichtige Hilfen für die Land- und Ernährungswirtschaft erreicht.](#)
- 4 W. Eckert, 2020, [Deshalb wird Spargel aus der Region durch die Corona-Krise teurer, Marktcheck SWR.](#)
- 5 Verband Süddeutscher Spargel- und Erdbeeranbauer e.V. (VSSE), 2020, [Bilanz zur Spargelsaison 2020: Trotz Corona-Chaos bewältigen Anbauer die Spargelernte.](#)
- 6 Interview mit Ellen Sunder, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 22. Juni 2020.
- 7 J. Schaible, 2020, [Corona-Risikogruppe Erntehelfer: Das Klöckner-Chaos.](#) Spiegel Online; Interview mit Ivan Ivanov, Europäische Gewerkschaft der Wanderarbeitnehmer, 16. Juni 2020.
- 8 Statistisches Bundesamt, 2020, [Verbraucherpreisindizes: Sondergliederungen.](#)
- 9 Interview mit I. Ivanov (Europäische Gewerkschaft der Wanderarbeitnehmer)
- 10 Interview mit E. Sunder (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft).
- 11 N. Klawitter und K. Verseck, 2020, [Ein Leben für den Spargel: Verstorbener Erntehelfer mit Corona, Der Spiegel;](#) Interview DE 2.
- 12 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2020a.
- 13 Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2020, [Concept paper on seasonal workers with regard to health protection \[Coronavirus \(SARS-CoV-2\)\] of 2 April 2020.](#)
- 14 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2020b, [Concept Paper of 10 June 2020.](#)
- 15 Deutscher Bundestag, 2020, [Plenarprotokoll 19/159 vom 13. Mai 2020, S. 19721.](#)
- 16 Verband Süddeutscher Spargel- und Erdbeeranbauer e.V. (VSSE), 2020.
- 17 Interview mit I. Ivanov (Europäische Gewerkschaft der Wanderarbeitnehmer)
- 18 Ibidem.
- 19 Ismea, 2020, [Emergenza COVID-19. 3° Rapporto sulla domanda e l'offerta dei prodotti alimentari nell'emergenza Covid-19.](#)
- 20 Ibidem.
- 21 Interview mit Giuseppe Scifo, Cgil Ragusa, 19. Juni 2020.
- 22 F. Cabibbo, 2020, [Effetto Covid già finito: i prezzi dell'ortofrutta sono crollati, Focus Sicilia, Juni.](#)
- 23 Anpal, 2020, [Approfondimenti Covid-19. Nota periodica n.3.](#)
- 24 Interview mit Raffaele Falcone, Flai Cgil Foggia, 17. Juni 2020.
- 25 Ibidem.
- 26 Interviews mit G. Scifo (Cgil Ragusa) und R. Falcone (Flai Cgil Foggia).
- 27 L. Palumbo, 2020, [The Italian Plan for Regularisation: Real progress for migrants' rights?, Juni.](#)
- 28 Ministero dell'Interno, [Emersione dei rapporti di lavoro, 30 Juni 2020.](#)
- 29 M.C. Macri (Ed.) (2020), [Le misure per l'emergenza Covid-19 e la manodopera straniera in agricoltura](#), CREA, Rom.
- 30 Job in country (Coldiretti); Agrijob (Confagricoltura); Lavora con agricoltori italiani (Cia).
- 31 [https://www.adnkronos.com/lavoro/cerco-lavoro/2020/06/03/ritorno-alla-terra-boom-italiani-che-cercano-lavoro-nei-campi\\_AFfeZlryUe9bHV2kjaiS1J.html](https://www.adnkronos.com/lavoro/cerco-lavoro/2020/06/03/ritorno-alla-terra-boom-italiani-che-cercano-lavoro-nei-campi_AFfeZlryUe9bHV2kjaiS1J.html)
- 32 Interview mit Franco Aceto, Präsident von Coldiretti Calabria, 20. Juni 2020.
- 33 <http://www.economiasolidale.net/content/economia-solidale-crisi-covid-19-unire-le-forze-per-una-strategia-comune>

- 34 RRN, 2020, Misure preventive e precauzionali delle AdG dei PSR in risposta all'emergenza epidemiologica da Covid-19.
- 35 Interview mit Filippo Miraglia, Arci, 17. Juni 2020.
- 36 CBS, 2020, Daling export tuinbouwproducenten in april 2020.
- 37 CBS, 2020, Internationale handel; in- en uitvoerwaarde, SITC, Landen.
- 38 CBS, 2020, Prijzendashboard: uitgebreid.
- 39 Inspectie SZW, 2020, Zevendaagse werkwerken bij aspergekweker.
- 40 CNV, 2020, CNV onderzoek uitzendkrachten.
- 41 Diese Kategorie bezieht sich auf Residenten, die in einem der folgenden Länder oder Regionen geboren sind oder deren Eltern aus einem der folgenden Länder oder Regionen stammen: Europa (ohne Türkei), Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan.
- 42 A. Kunst et al., 2020, Oversterfte tijdens de eerste zes weken van de corona-epidemie. Sociaal-demografische en geografische verschillen, CBS.
- 43 CNV 2020.
- 44 M. Middel, 2020, Corona en arbeidsmigranten: de keuken delen met z'n vijftigen, NRC Handelsblad.
- 45 FairWork, 2020, Impact van corona op migranten in Nederland.
- 46 R. Clevers und S. van Mersbergen, 2020, Zeker 18 coronabesmettingen bij grootste slachthuis van Nederland, AD.
- 47 [www.werkenindelandentuinbouw.nl](http://www.werkenindelandentuinbouw.nl)
- 48 [helponsoogsten.nl](http://helponsoogsten.nl)
- 49 Rijksoverheid, 2020, Kamerbrief gevolgen van COVID-19 voor landbouw, tuinbouw-en visserij.
- 50 LTO et al., 2020, Coronaprotocol; ABU, 2020, Corona veiligheidsprotocol arbeidsmigranten.
- 51 ABU, 2020, Adviezen Aanjaagteam arbeidsmigranten passen in kwaliteitsaanpak ABU.
- 52 FNV et al., 2020, Arbeidsmigranten en Covid-19 Letter to parliament.
- 53 I. van Gardingen, 2020, Nota Eerlijke arbeidsmigratie in een socialer Nederland, FNV.
- 54 CNV, 2020, CNV-onderzoek: helpt uitzendkrachten op straat door Corona-crisis, CNV.
- 55 Ministerio de Agricultura, Pesca y Alimentación, Avances de superficies y producciones agrícolas. April 2020
- 56 Ministerio de Industria, Comercio y Turismo, Informe Mensual de Comercio Exterior. April 2020
- 57 Ministerio de Inclusión, Seguridad social y Migraciones, 2020a, Afiliados medios a la seguridad social. Mai 2020.
- 58 Ministerio de Inclusión, Seguridad social y Migraciones, 2020b, Afiliados Extranjeros a la Seguridad Social. Mai 2020.
- 59 Interviews mit Ana Pinto, Jornaleras de Huelva en Lucha, und Silvina Gorsky, Instituto Joaquín Herrera Flores, 29. Juni 2020.  
Interviews mit Aintzane Márquez Tejón und Hannah Wilson, women's link worldwide, 30. Juni 2020.
- 60 Ibidem.
- 61 Ministerio de Inclusión, Seguridad social y Migraciones, 2020a.
- 62 <https://soberaniaalimentaria.info/otros-documentos/luchas/728-movilizacion-sin-precedentes-a-favor-de-la-alimentacion-deproximidad>
- 63 Nordberg, A., Mattsson, T., 2020, Covid-19 pandemic in Sweden: measures, policy approach and legal and ethical debates, BioLaw Journal – Rivista di BioDiritto, 731-739.
- 64 Johansson, C., Selberg, N., 2020, Covid-19 and Labour Law: Sweden, in Italian Labour Law e-Journal, Covid-19 and Labour Law. A Global Review, 1, 13.
- 65 Interview mit Daria Bogdanska, Central Organisation the Workers of Sweden SAC, 22. Juni 2020. Dies liegt daran, dass der Zugang zu bezahltem krankheitsbedingten Urlaub auf der Grundlage der geplanten Stunden erfolgt. Ein stündlich arbeitender Arbeitnehmer, der krank ist, erhält keine geplanten Stunden und kann daher nicht nachweisen, dass er Zugang zu bezahltem Krankheitsurlaub hat.
- 66 Johansson und Selberg, 2020.
- 67 <https://www.government.se/press-releases/2020/04/businesses-to-receive-support-based-on-loss-of-turnover/>
- 68 Interview mit Lena Andersson, Gröna Arbetsgivare, 22. Juni 2020.
- 69 Verordnung (2020:127) Vorübergehendes Verbot der Einreise nach Schweden.

- 70 <https://www.lrf.se/mitt-lrf/nyheter/riks/2020/03/lantbruket-berett-att-ta-emot-permitterad-personal/>
- 71 Interview mit L. Andersson (Gröna Arbetsgivare).
- 72 <https://www.dn.se/ekonomi/8000-erbjuds-jobb-inom-lantbruket/>
- 73 Konjunkturinstitutet, Konjunkturläget April 2020.
- 74 [https://www.food-supply.se/article/view/718626/kraftigt\\_minskad\\_inflation\\_men\\_priset\\_pa\\_mat\\_okar](https://www.food-supply.se/article/view/718626/kraftigt_minskad_inflation_men_priset_pa_mat_okar)
- 75 [Dagligvaruindex April 2020.](#)
- 76 Interview mit Lena Andersson (Gröna Arbetsgivare).
- 77 Ibidem
- 78 Interview mit L. Andersson (Gröna Arbetsgivar) und Interview mit Daria Bogdanska (SAC).
- 79 Interview mit D. Bogdanska (SAC).
- 80 <https://www.av.se/om-oss/press/jobblaterade-coronaanmalningar/tillbudsanmalningar/>
- 81 Interview mit D. Bogdanska (SAC).
- 82 Interview mit L. Andersson (Gröna Arbetsgivare).
- 83 Interview mit D. Bogdanska (SAC).
- 84 <https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2020/04/grona-jobb-viktig-atgard-mot-arbetsloshet-under-coronakrisen/>
- 85 Interview mit L. Andersson (Gröna Arbetsgivare).
- 86 <https://www.lrf.se/foretagande/mer-mat--fler-jobb/nyheter-mer-mat--fler-jobb/>
- 87 Interview mit L. Andersson (Gröna Arbetsgivare).
- 88 Interview mit D. Bogdanska (SAC).
- 89 Corrado et al. 2018; Palumbo und Corrado 2020.
- 90 EFFAT (2020), Covid-19 outbreaks in slaughterhouses and meat processing plants. State of affairs and proposals for policy action at EU level, Bericht, 25. Juni.
- 91 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Juni 2020 zum europäischen Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise \(2020/2664\(RSP\)\)](#)
- 92 [Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, COM\(2020\) 456 final.](#)
- 93 [„Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem, COM\(2020\) 381 final.](#)



**OPEN SOCIETY**  
EUROPEAN POLICY  
INSTITUTE